

Leistungsbeschreibung (Anlage 1)

Aktenzeichen: 2026-0238

**Rahmenvereinbarung über anwaltliche Beratung und Vertretung im gewerblichen
Rechtsschutz**

11. Juni 2026

Inhalt

- I. Vorbemerkung3**
- II. Ausgangslage.....3**
- III. Problemstellung4**
- IV. Zielsetzung4**
- V. Leistungsumfang5**
 - 1. Beratungs- und Unterstützungsleistungen5
 - 2. Vertretung in streitigen Angelegenheiten5
 - 3. Optional: Markenüberwachung.....6
- VI. Vertragsrahmen6**
 - 1. Haftung6
 - 2. Vergütung und Abrechnung.....6
 - 3. Laufzeit.....7
 - 4. Kündigung.....7
- VII. Anforderung an das Angebot7**

I. Vorbemerkung

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) bündelt als Dachverband die Expertise von 16 Verbraucherzentralen und mehr als 30 verbraucherpolitischen Verbänden - darunter über 2.000 Organisationen und sieben Millionen Einzelmitglieder - für einen starken Schutz der Verbraucher:innen in Deutschland. Der vzbv ist die Stimme der Verbraucher:innen – und damit eine entscheidende Kraft in der Politik. Wir wissen, was Verbraucher:innen bewegt und verschaffen ihnen Gehör bei Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Strukturelle Missstände decken wir auf, benennen Verbraucherprobleme und entwickeln Lösungen. So tragen wir dazu bei, dass Märkte transparent und gerecht gestaltet werden.

II. Ausgangslage

Die 16 Verbraucherzentralen in den Bundesländern und der vzbv bilden eine starke Gemeinschaft mit einer föderalen Struktur. Im vzbv sind mehr als 25 weitere verbraucherpolitische Verbände organisiert. In den Verbraucherzentralen sind ebenfalls zahlreiche gesellschaftlich relevante Verbände organisiert.

Hinter der Marke „Verbraucherzentrale“ stehen somit 17 starke Organisationen, die mit einer breiten Palette von Angeboten die Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern vertreten, Menschen beraten, Märkte beobachten und Verbraucherrechte vor Gericht durchsetzen.

Seit 2008 hat der vzbv die folgenden Unionsmarken beim Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum EUIPO registriert:

Registernummer EUIPO 006616734 Wort-/Bildmarke



EUIPO 007530777 Wortmarke

Registernummer

„Verbraucherzentrale“

Der vzbv sowie die 16 Verbraucherzentralen der Länder (VZ Baden-Württemberg, VZ Bayern, VZ Berlin, VZ Brandenburg, VZ Bremen, VZ Hamburg, VZ Hessen, VZ Mecklenburg-Vorpommern, VZ Niedersachsen, VZ Nordrhein-Westfalen, VZ Rheinland-Pfalz, VZ Saarland, VZ Sachsen-Anhalt, VZ Sachsen, VZ Schleswig-Holstein und der VZ Thüringen) haben seit 2024 einen umfangreichen Markenmodernisierungsprozess durchlaufen.

Im Rahmen dieses Modernisierungsprozesses wurde das Markendesign bzw. Corporate Design für die Marke „Verbraucherzentrale“ umfassend modernisiert. Die Verbraucherzentralen der Länder sowie der vzbv haben im Jahr 2024 im Rahmen eines bundesweiten Markenprojekts ferner die

nachfolgend aufgeführten Marken für unterschiedliche Waren und Dienstleistungen in Deutschland beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) angemeldet:

Registernummer DPMA 302024120888 Wort-/Bildmarke



Registernummer DPMA 302024116447 Wort-/Bildmarke



III. Problemstellung

Zur Sicherstellung einer einheitlichen Nutzung, Verwaltung und Durchsetzung der oben genannten Marken haben der vzbv und die Verbraucherzentralen der Länder vereinbart, dass die Verbraucherzentralen der Länder ihre sich aus der gemeinschaftlichen Inhaberschaft der Marken ergebenden Rechte auf den vzbv übertragen. Die Verbraucherzentralen der Länder haben den vzbv bevollmächtigt, im eigenen Namen für alle Parteien die sich aus den Marken ergebenden Rechte durchzusetzen und zu klagen.

Neben der Wahrnehmung der Markenrechte bestehen für den vzbv weitere rechtliche Herausforderungen im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechts. Der vzbv verwendet regelmäßig urheberrechtlich geschütztes Material, insbesondere auf seinen Internetauftritten, in Publikationen sowie in digitalen Kommunikationsformaten. Hieraus ergeben sich regelmäßig urheberrechtliche Fragestellungen zur rechtssicheren Nutzung, Lizenzierung und Durchsetzung entsprechender Rechte sowie zur Abwehr unberechtigter Inanspruchnahmen.

Ferner kommt es neben Markenverletzungen wiederholt zu Beeinträchtigungen durch unbefugte Namensanmaßungen, Identitätsdiebstahl, die Verwendung verwechselbarer Bezeichnungen sowie durch sogenannte „Trittbrettfahrer“.

Vor diesem Hintergrund besteht ein fortlaufender Bedarf an qualifizierter anwaltlicher Beratung und Vertretung im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes einschließlich angrenzender urhebernamens- und domainrechtlicher Fragestellungen.

IV. Zielsetzung

Der Auftraggeber beabsichtigt, einen Rahmenvertrag über anwaltliche Leistungen im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes sowie angrenzender Schutzrechte abzuschließen.

Der Schwerpunkt liegt im Markenrecht einschließlich der laufenden Betreuung, Beratung, Überwachung (optional), Verteidigung und Durchsetzung der Markenrechte des Auftraggebers.

Darüber hinaus soll der Rahmenvertrag auch die rechtliche Beratung und Vertretung in urheberrechtlichen Angelegenheiten, namensrechtlichen Streitigkeiten sowie in domainrechtlichen Fragestellungen umfassen.

Der Rahmenvertrag dient der bedarfsabhängigen Beauftragung einzelner Leistungen. Ein Anspruch auf Abruf bestimmter Leistungen oder eines Mindestvolumens besteht nicht. Eine Exklusivität ist mit dem Rahmenvertrag nicht verbunden.

V. Leistungsumfang

Der Leistungsumfang umfasst sämtliche anwaltlichen Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem gewerblichen Rechtsschutz insbesondere mit den Marken des Auftraggebers. Der Auftragnehmer benennt hierfür eine feste hauptverantwortlichen Ansprechperson sowie eine feste Vertretung für Abwesenheitszeiten. Die Leistungserbringung erfolgt grundsätzlich durch die benannte Ansprechperson. Die benannte Vertretung wird nicht Gegenstand der Wertung. Der Auftragnehmer sichert zu, auf Anfragen des Auftraggebers innerhalb von 48 Stunden (Montag–Freitag), während der üblichen Geschäftszeiten zu reagieren. Bei eilbedürftigen Angelegenheiten erfolgt die Reaktion unverzüglich.

1. Beratungs- und Unterstützungsleistungen

Der Auftragnehmer berät den Auftraggeber umfassend in allen Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes und angrenzender Rechtsgebiete, insbesondere:

- Beratung bei markenrechtlichen Fragestellungen ggf. auch in Präsenz beim Auftraggeber.
- Rechtliche Einschätzungen zur Nutzung der Marken durch den Auftraggeber oder durch Dritte.
- Abwehr von Identitätsdiebstahl und unbefugter Namensanmaßung. Prüfung und Durchsetzung von Ansprüchen gegen sogenannte „Trittbrettfahrer“.
- Rechtliche Fragestellungen im Zusammenhang mit Domains, einschließlich Domainregistrierung und Domainstreitigkeiten.
- Beratung zur Nutzung urheberrechtlich geschützter Werke (z. B. Texte, Fotografien, Grafiken, Videos). Prüfung / Gestaltung von Lizenzverträgen und Nutzungsrechten.

2. Vertretung in streitigen Angelegenheiten

Der Auftragnehmer übernimmt die außergerichtliche und gerichtliche Vertretung des Auftraggebers in allen vorstehend genannten Rechtsgebieten, insbesondere:

- außergerichtliche Geltendmachung von Unterlassungs-, Beseitigungs-, Auskunft- und Schadensersatzansprüchen. Abwehr Ansprüche Dritter.
- Führung von Vergleichsverhandlungen
- Vertretung in gerichtlichen Verfahren vor den zuständigen Gerichten
- Vertretung in einstweiligen Verfügungsverfahren

- Vertretung in Widerspruchs-, Löschungs- und Nichtigkeitsverfahren vor den Markenämtern

Der Auftraggeber geht derzeit von einem geschätzten Bedarf von bis zu **30 Beratungsstunden pro Vertragsjahr** aus. Das erste Vertragsjahr ist ein Rumpfsjahr (**Zuschlagserteilung bis 31.12.2026**). Hier wird mit einem Bedarf von maximal **20 Beratungsstunden** gerechnet. Auch das letzte Vertragsjahr stellt ein Rumpfsjahr dar, hierfür wird ebenfalls von einem reduzierten Beratungsbedarf von maximal **20 Beratungsstunden** ausgegangen. Es besteht kein Anspruch auf Abruf dieses Kontingents. Die Annahme gerichtlicher Mandate erfolgt im Einzelfall und bleibt einer gesonderten Mandatsentscheidung vorbehalten. Nicht benötigte Beratungsstunden können ins Folgejahr übertragen werden. Übertrag über die maximale Vertragslaufzeit hinaus ist nicht möglich.

3. Optional: Markenüberwachung

Der Auftragnehmer übernimmt die laufende Kollisionsüberwachung der Marken des Auftraggebers. Sie kann für einzelne Marken des Auftraggebers beauftragt werden und ist nicht zwingend für alle Marken einzurichten. Die Markenüberwachung umfasst insbesondere:

- Überwachung relevanter Markenregister, deutsche Marken (DPMA), Unionsmarken (EUIPO)
- Identifikation neu angemeldeter oder eingetragener Marken, die mit den Marken des Auftraggebers identisch oder verwechslungsfähig ähnlich sind

Nicht Bestandteil der Kollisionsüberwachung sind juristische Bewertungen, Handlungsempfehlungen oder die Einleitung rechtlicher Maßnahmen, diese erfolgen ausschließlich auf gesonderten Abruf im Rahmen anwaltlicher Leistungen.

Es handelt sich um eine **optionale Leistung**. Der Auftraggeber kann die Überwachung für einzelne Marken jederzeit schriftlich vereinbaren oder aufheben. Die Vergütung erfolgt als Pauschale **pro Marke und Vertragsjahr** gemäß Preisblatt. Bei unterjähriger Aktivierung oder Deaktivierung wird die Jahrespauschale **zeitanteilig je vollem Kalendermonat mit 1/12** abgerechnet. Maßgeblich ist die Jahrespauschale des Vertragsjahres, in dem der jeweilige Monat liegt.

VI. Vertragsrahmen

Den Vertragsrahmen bildet eine Mandats- / Vergütungsvereinbarung des Auftragnehmers. Der Auftraggeber legt hierfür folgende Mindestanforderungen fest:

1. Haftung

Berufsrechtlich zulässige und branchenübliche Haftungsbeschränkung für Vermögensschäden im Sinne von § 52 BRAO werden akzeptiert. Die Haftung wegen grober Fahrlässigkeit und wegen Vorsatzes sowie die Haftung für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit bleiben unberührt.

2. Vergütung und Abrechnung

Die Abrechnung einer stundenweisen Vergütung soll im 6-Minuten-Takt erfolgen. Der Auftragnehmer sichert die Einhaltung der berufsrechtlichen Vorgaben, insbesondere des § 49b BRAO, sowie der Vorschriften des RVG zu.

Leistungsbeschreibung

(Anlage 1) 2026-0238

Die Abrechnung erfolgt grundsätzlich, wenn die Angelegenheit / der Auftrag beendet ist. Eine Abrechnung durch den Auftragnehmer soll spätestens zum 1.12. des Jahres erfolgen. Reisekosten (in Anlehnung an das BRKG) und die Kosten Dritter (z.B. Übersetzer, Sachverständige) werden zusätzlich nach Aufwand jedoch nur nach vorheriger Freigabe durch den Auftraggeber erstattet.

Die Rechnung ist als elektronische Rechnung gemäß § 14 Abs. 1 Satz 3 und 6 UStG n.F. über das Rechnungseingangsportal OZG-RE zu übermitteln.

Die dafür notwendige Leitweg-ID lautet: **992-80323-54**.

Für den Portalzugriff ist eine einmalige, kostenfreie Registrierung des AN nötig. Das Portal finden Sie unter folgender URL: <https://xrechnung-bdr.de>. Die gesetzlichen Gründe für eine Ausnahme von dieser Regelung bleiben unberührt.

Soll die Rechnung elektronisch als PDF-Dokument übersandt werden, ist sie an rechnungen@vzbv.de zu übermitteln.

3. Laufzeit

Der Rahmenvertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande und endet mit Ablauf von 6 Jahren nach Zuschlagserteilung, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

4. Kündigung

Der Vertrag kann von beiden Parteien jederzeit ohne Frist gekündigt werden. Eine Kündigung des Auftragnehmers darf jedoch nicht zur Unzeit erfolgen. Die Kündigung bedarf der Schriftform.

VII. Anforderung an das Angebot

Mit dem Angebot sind folgende Unterlagen zum Nachweis der Eignung, zum Nachweis der Qualifikation der Hauptansprechperson, siehe Wertungsmatrix (Anlage 5), das Angebotsschreiben (Anlage 2), das Preisblatt (Anlage 3) und die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (Anlage 4) sowie eine Mandats- / Vergütungsvereinbarung einzureichen.